



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.11.2023
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:21 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

| | |
|-----------------------|---|
| Dr.med. Detlef Wend | Ausschussvorsitzender |
| Ute Haupt | Fraktion MitBürger |
| Jan Rödel | Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) |
| Melanie Ranft | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Carsten Heym | <i>Vertretung für Frau Claudia Schmidt</i> |
| Beate Gellert | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Kay Senius | <i>Vertretung für Herrn Jan Döring</i> |
| Helga Schubert | AfD-Stadtratsfraktion Halle |
| Diana Franke | Fraktion Hauptsache Halle |
| Dr. Gaby Hayne | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) |
| Uwe Kramer | <i>Vertretung für Herrn Sören Steinke</i> |
| Christof Starke | Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) |
| Jerome Deubel | stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Dr. Hendrik Kluge | stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| René Moses | stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Mirko Petrick | stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Claudia Rosa | stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Etienne Samuel Knorre | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Robert Schönrok | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Daniel Becker | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |

Verwaltung:

| | |
|----------------------|---|
| Katharina Brederlow | Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales |
| Alexander Frolow | Leiter Fachbereich Bildung |
| Annika Seidel-Jähnig | Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales |
| Petra Quilitzsch | Leiterin Abteilung Finanzen |
| Michael Gerstner | Bildungsmanager |
| Regina Jobst-Fajen | NeOBi Bildungsmanagerin |
| René Lukas | Protokollführer |

Entschuldigt fehlten:

| | |
|-------------------|---|
| Claudia Schmidt | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Jan Döring | Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN |
| Sören Steinke | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) |
| Frau Dörte Jacobi | Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig |

| | |
|--------------------|--|
| Tobias Heinicke | stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Anna Manser | stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Dagmar Deckwerth | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Dr. Toralf Fischer | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Dr. Tino Kleinert | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Nico Teschner | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Susanne Willers | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Max Nordhaus | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |
| Tatjana Privorozki | Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss |

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Kinder- und Jugendsprechstunde
5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.10.2023
6. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
7. Beschlussvorlagen
 - 7.1. Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: VII/2023/06097
 - 7.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Detlef Wend (MitBürger) zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht“ (VII/2023/06097)
Vorlage: VII/2023/06470
 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro - Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler

Vorlage: VII/2023/05680

9. Mitteilungen
- 9.1. Zwischenbericht NeOBi für Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06407
10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Anregungen

nicht öffentlicher Teil:

12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.09.2023
13. Beschlussvorlagen
14. Anträge von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
17. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 4 Kinder- und Jugendsprechstunde

zu 4.1 Fragesteller zum Skatepark Halle-Neustadt

Die **Fragesteller** stellten sich als Skateboardgruppe „Graue Reiniger“ vor. Diese Gruppe setzt sich für den Skate-Park in Halle-Neustadt ein und kümmert sich unter anderem um die Sauberkeit der Anlage. Sie teilten Informationsmaterial aus und machten z.B. auf die Notwendigkeit einer öffentlichen Toilette, fehlende Mülleimer sowie fehlende Sitzgelegenheiten vor Ort aufmerksam. In einer vorliegenden Zeichnung wurden Wünsche für neue Skategeräte für den Skate-Park aufgezeigt.

Herr Dr. Wend erkundigte sich, ob die Skateboardgruppe bereits bei anderen Gremien vorgesprochen hat.

Die **Fragesteller** teilten mit, dass bereits mehrere Gespräche mit dem Verwalter „Tumult Halle“ stattfanden. Gespräche mit der Stadtverwaltung wurden bisher noch nicht aufgenommen.

Herr Dr. Wend empfahl die Aufstellung einer Priorisierungsliste von den aufgeführten Erforderlichkeiten.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass zunächst ein Vororttermin zur Besichtigung vorrangig wäre. Dabei können Gespräche über priorisierende Notwendigkeiten geführt werden. Sie bestätigte, dass das Anliegen von der Verwaltung aufgenommen wurde und ein Vororttermin umgesetzt werden soll.

Herr Petrick fügte hinzu, dass die Verwaltung eine Spielflächenkonzeption hat, die von der Arbeitsgemeinschaft Spielplätze betreut wird. **Herr Petrick** bat, die heutigen ausgeteilten

Schriftstücke zu digitalisieren und ihm zur Verfügung zu stellen. Er plädierte ebenfalls für einen Vororttermin.

Herr Dr. Wend bedankte sich für das Erscheinen zur Kinder- und Jugendsprechstunde. Er lobte den Mut der Skateboard Gruppe „Graue Reiniger“, dass sie ihr Anliegen im Jugendhilfeausschuss vorgetragen haben.

Die **Fragesteller** bedankten sich und verwiesen auf ein YouTube-Video mit dem Namen „Why NOT?! Stories.

Herr Dr. Wend begrüßte Frau Knöbel von der Polizeiinspektion Halle (Saale)

Frau Knöbel stellte sich vor und verwies auf ihr Arbeitsspektrum, welches sich inhaltlich mit der Bekämpfung der Jugendkriminalität in Halle (Saale) beschäftigt.

Herr Dr. Wend erkundigte sich, ob Frau Knöbel jetzt kontinuierlich im Jugendhilfeausschuss vertreten ist.

Frau Knöbel sagte, dass sie eine regelmäßige Teilnahme am Jugendhilfeausschuss anstrebt.

Herr Deubel fügte hinzu, dass Frau Knöbel auch als Vertretung für das offizielle Mitglied der Polizeiinspektion Halle (Saale) im Jugendhilfeausschuss fungieren kann.

Frau Brederlow bedankte sich und verwies auf die Wichtigkeit einer Teilnahme aus dem Bereich Polizei im Jugendhilfeausschuss.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die Vorstellung von Frau Knöbel.

zu 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.10.2023

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 05.10.2023, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 6 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

Frau Haupt sprach sich ebenfalls für den Änderungsantrag aus. Sie erkundigte sich, wie die Ansatzsumme von 244.000 Euro entstanden ist. Des Weiteren fragte sie, wie die Verwaltung die Kostenerhöhung bzw. die Personalkostenerhöhung der freien Träger in diesem Zusammenhang einschätzt und ob die Ansatzserhöhung abgesichert werden kann.

Frau Quilitzsch teilte mit, dass die personalen Sachkostensteigerungen für die Bestandsmaßnahmen einkalkuliert wurden und somit für die freien Träger im Jahr 2024 abgesichert sind.

Herr Dr. Wend bezog sich auf den Ansatz für Transferaufwendungen von 244.000 Euro. Er bemerkte, dass die Verwaltung, wenn sie finanziell nicht so eingeschränkt wäre, auch andere Planansätze bei der Jugendhilfeplanung einsetzen würde. **Herr Dr. Wend** teilte mit, dass in Vorbereitung des Änderungsantrags eine Kostenanalyse aufgestellt wurde und unter Berücksichtigung aller Faktoren sich eine Summe von 244.000 Euro abzeichnete. Er bemerkte, dass bisher eine positive Resonanz zum Änderungsantrag im heutigen Jugendhilfeausschuss festzustellen ist. Eine weitere inhaltliche Diskussion wird im Finanzausschuss erwartet.

Herr Heym bemerkte, dass die Mitglieder eines Ausschusses die Behandlung der Tagesordnungspunkte mit den dazugehörigen Änderungen, aus der Priorisierung des einzelnen Ausschusses betrachten. Er sagte, dass Mitglieder des Ausschusses auch gleichzeitig Stadträte sind. Diese haben Kenntnisse bzw. Erkenntnisse aus der Stadtratsarbeit, die bei Entscheidungen oder Abstimmungen zu Beschlussvorlagen und Anträgen in den einzelnen Ausschüssen mit einfließen. **Herr Heym** bedauerte, dass in Ausschüssen viele Themen trivial besprochen und beschlossen werden. Der Finanzausschuss muss demzufolge fachfremd die zugestimmten haushaltsrechtlichen Vorlagen aus den Ausschüssen diskutieren und prioritär einschätzen können. Er hält die Abarbeitung einer Wunschliste aus den einzelnen Ausschüssen generell und besonders für den Finanzausschuss für nicht sinnvoll. Er sieht hierbei ein Dilemma für jeden Mitwirkenden.

Herr Dr. Wend sagte, dass die Mitglieder im Ausschuss und die Stadträte mit diesem Dilemma zum Teil leben müssten. Es besteht sonst die Gefahr einer verinnerlichten Zensur. Er wies bereits bei seiner Einbringung darauf hin, dass ihm der Änderungsantrag nicht leichtgefallen ist. **Herr Dr. Wend** betonte, dass er den Wortbeitrag von Herrn Heym nachvollziehen kann.

Frau Ranft bezog sich auf die Präsentation zur Förderung der freien Jugendhilfe auf Seite 5. Sie verwies auf die Planzahlen für das Jahr 2023 und 2024, wobei sich die Zahl um 52.000 reduziert. Sie erkundigte sich nach dem Grund der ersichtlichen Verminderung.

Frau Quilitzsch teilte mit, dass es bei der Zusammenrechnung der gesamten Produkte keine Reduzierung vorliegt, sondern es eine Verschiebung ist. Es geht hierbei speziell um eine Verschiebung des Fanprojekts, welches von der ursprünglichen Jugendsozialarbeit in die Jugendarbeit übernommen wurde.

Frau Brederlow fügte hinzu, dass es sich hierbei um Produkte handelt, die gegenseitig deckungsfähig sind. Sie bemerkte, diese Debatte wird jedes Jahr geführt, weil Verschiebungen zwischen den einzelnen Bereichen der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und der Förderung der Familie bestehen.

Herr Dr. Wend nahm Bezug zur Anfrage aus der Kinder- und Jugendsprechstunde und fragte, ob bereits jetzt investive Mittel für den nächsten Haushalt eingeplant werden müssten.

Frau Brederlow antwortete, dass zunächst Gespräche mit dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt und mit der AG Spielplätze zu führen sind. Dort können dann weitere Handlungen besprochen werden.

Es gab keine weiteren Fragen, **Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung des vorliegenden Änderungsantrags zur Beschlussvorlage „Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht“

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit wird der Ansatz für Transferaufwendungen um 244 TEUR erhöht.
2. Die Deckung erfolgt aus einer Erhöhung des Ansatzes für die globale Minderausgabe in gleicher Höhe.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro-Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler
Vorlage: VII/2023/05680**

Frau Haupt brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Heym bemerkte, dass in jedem Fachausschuss eine Art von Wunschlisten eingebracht werden, wobei aber ungewiss ist, wie diese Wünsche finanziell umgesetzt werden können. Er appellierte daran, die zukünftigen priorisierten Themen chronologisch abzuarbeiten. Es sollten aber diese nicht willkürlich unter der Betrachtung der finanziellen Möglichkeiten der Stadt Halle (Saale) durchgesetzt werden.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass der inhaltliche Sachverhalt des Antrags eine familienpolitische Leistung hervorruft und demzufolge so betrachtet werden sollte. Sie betonte, dass dieses Thema in den Jugendhilfeausschuss gehört, weil sich dieser mit allen Aufgaben oder Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, befasst.

Frau Gellert bezog sich auf die zurückliegende Stadtstudie. Sie sagte, dass zu diesem Zeitpunkt dreimal so viele Jugendfreizeiteinrichtungen mit jeweils zwei bis drei Personalstellen vorhanden waren. **Frau Gellert** erwähnte, dass dann sukzessive Reduzierungen und Kürzungen stattfanden und eine Einschränkung der erforderlichen finanziellen Mittel vorlag. Das Ergebnis daraus ist, dass aktuell über Gewaltexzesse und zunehmende Jugendkriminalität in der Stadt Halle (Saale) diskutiert wird. **Frau Gellert** sagte, es sei wichtig in Anbetracht der finanziellen und moralischen Verantwortung jetzt schrittweise gegenzusteuern.

Herr Starke teilte mit, dass dieser Sachverhalt auch im Stadtjugendring diskutiert wurde und auf große Zustimmung stieß. Es besteht für Jugendliche hierbei die Möglichkeit, mobiler in der Stadt zu sein und Projekte oder Maßnahmen der einzelnen Einrichtungen besuchen zu können. Er verwies auf die Unterstützung zur Initiative des Antrags von den freien Trägern.

Herr Heym nahm Bezug zum Wortbeitrag von Frau Gellert. Er verwies auf seinen Redebeitrag im letzten Bildungsausschuss, wo er erwähnte, dass Stadträte und Mitglieder im Ausschuss ihrer Verantwortung gerecht werden sollten und eine Priorisierung ihrer Anliegen vornehmen müssten. Er sagte, dass aus den Fraktionen zu viele Forderungen kommen, die nicht priorisiert werden, und dann die Gefahr besteht, dass Beschlüsse gefasst werden müssen, die nicht unterlegt werden können.

Frau Schubert sagte, dass es sehr bedauerlich ist, dass sich viele Kinder aus der Stadt Halle (Saale) keine Straßenbahnfahrt leisten können. Sie wies darauf hin, dass hierbei zwischen bedürftigen und nichtbedürftigen Kindern unterschieden werden muss. D.h. es gibt Kinder und Jugendliche in der Stadt Halle (Saale), die dringend bedürftig sind und dieses 9-Euro-Ticket mehr als benötigen.

Herr Kramer sagte, dass es hierbei hauptsächlich um die Mobilität von Jugendlichen geht. Er wies darauf hin, dass dabei zu beachten ist, dass es manchen Eltern egal ist, wie ihre Kinder zur Schule kommen oder sie überhaupt mobil sind. Die Initiative eines 9-Euro-Tickets wäre in diesem Fall vom Vorteil, weil Kinder und Jugendliche es in einer schwierigen Lage selber von ihrem Taschengeld bezahlen könnten. Es ist somit ein guter Kompromiss zum nicht finanzierbaren kostenfreien Ticket. **Herr Kramer** teilte mit, dass er den vorliegenden Antrag unterstützt und zustimmen wird.

Herr Rödel wies darauf hin, dass Kinder und Jugendliche in der Stadt alles in 20 Minuten mit dem Fahrrad erreichen können. Seiner Meinung nach steht der Aufwand zur Umsetzung des Antrags daher in keiner Relation. Die Stadt Halle (Saale) kann sich die Einführung eines 9-Euro-Tickets finanziell nicht leisten. Aus diesem Grund wird er und seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Schubert bezog sich auf einen zurückliegenden Jugendhilfeausschuss, wobei ein Jugendlicher den Diebstahl seines Fahrrads schilderte. Diese Probleme bzw. Geschehnisse der Kinder und Jugendlichen sollte man beachten und nicht unterschätzen.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass dem Jugendhilfeausschuss bewusst ist, welcher großer finanzielle Aufwand zum Antrag besteht. Er sagte, dass er diesen Antrag unterstützen wird, weil hierbei ein Signal in der Stadt Halle (Saale) zu setzen ist, weil sie einen sehr hohen Segregationsfaktor, eine hohe Kinderarmut und eine hohe Belastung an sozialen Spannungen hat. Er hält dieses Signal und die Unterstützung vom Jugendhilfeausschuss für einen ehrlichen Prozess.

Es gab keine weiteren Fragen, **Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Einführung eines ~~ÖPNV-Tickets~~ **9- Euro-Tickets** für Hallesche Schülerinnen und Schüler zum 1.02.2024.
2. Anspruchsberechtigt sind unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnanschrift und Schule gemäß §71 (2) und 4 (a) des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.08.2018 alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang sowie Berufsschülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvergütung, die ihren Wohnsitz in Halle (Saale) haben und eine Schule in Halle (Saale) besuchen. Anspruchsberechtigt sind auch Kinder bis 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in der Stadt Halle (Saale) haben, über kein eigenes Einkommen verfügen und begründet keine Schule besuchen sowie Hallenser Schülerinnen und Schüler, die auf Grund einer körperlichen und / oder geistigen Behinderung im freigestellten Schülerverkehr (Schülerspezialverkehr) zur Schule befördert werden.
3. Schülerinnen und Schüler, die gemäß § 71(2) SchulG LSA in Verbindung mit der „Satzung über die Schülerbeförderung der Stadt Halle“ Anspruch auf eine Schülerjahreskarte haben, erhalten das ~~ÖPNV-Ticket~~ **9-Euro-Ticket** für Hallesche Schülerinnen und Schüler kostenfrei.
4. Alle übrigen anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler können das Ticket im Jahres-Abo für 9 EUR pro Monat erwerben.
5. Die Stadtverwaltung verhandelt mit der HAVAG den Preis zur Einführung eines solchen Tickets. Die Kosten werden in den Haushaltsentwurf 2024 eingestellt. Grundlage kann dafür das Modell des ~~ÖPNV-Tickets~~ **9-Euro-Ticket** für Schülerinnen und Schüler in Magdeburg sein.

zu 9 **Mitteilungen**

zu 9.1 **Zwischenbericht NeOBi für Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2023/06407**

Frau Jobst-Fajen informierte zum Zwischenbericht NeOBi für Halle (Saale).

Frau Brederlow fügte hinzu, dass im diesjährigen Bildungsbeirat das Thema Armut schwerpunktmäßig behandelt wurde. In einer Expertenanhörung waren eine Kita, eine Grundschule und eine Jugendfreizeiteinrichtung vertreten. Sie wies darauf hin, dass die Themen, die dort beraten wurden, in die Empfehlungen miteinfließen werden.

Frau Haupt nahm Bezug auf den vorliegenden Zwischenbericht, wobei Ergebnisse aufgeführt und dargelegt sind. Sie bat darum, diese vorliegenden Ergebnisse zukünftig mit weiteren Handlungsplanungen darzustellen, weil eine gewisse Nachhaltigkeit bei der Auswertung dieser Ergebnisse vorteilhaft wäre.

Frau Jobst-Fajen sagte, dass das Projekt so konstruiert ist, dass es nachhaltige Strukturen schafft. Dabei sind aber strukturelle Probleme, wie z.B. Personalmangel in der gesamten Bildungslandschaft zu beachten.

Frau Ranft bezog sich auf das Thema Datenerhebung. Sie erwähnte, dass Fragebögen bei dem Teilprojekt genutzt werden. **Frau Ranft** erkundigte sich, ob ein quantitativer oder qualitativer Inhalt festgestellt werden kann und wie umfangreich die dazugehörigen Stichproben sind.

Frau Jobst-Fajen antwortete, dass zwei bzw. drei Schulen von dem Teilprojekt hinsichtlich der Fragebögen angeschrieben wurden. Diese werden nach bestimmten Klassenstufen gestaffelt. Sie wies darauf hin, dass ein quantitativer Inhalt vorliegt.

Herr Gerstner ergänzte, dass das Teilprojekt mit der Elternbefragung eine quantitative Verfahrensweise hat. Alle anderen haben einen qualitativen Modus. Des Weiteren wies er auf die Stichprobengröße hin, wobei alle Grundschulen in der nördlichen Neustadt und Silberhöhe befragt wurden.

Herr Dr. Wend hinterfragte, welche Art der Vernetzung bzw. welcher Zeitplan zur bestehenden Analyse vorliegt.

Frau Jobst-Fajen teilte mit, dass hierbei Forschung und Vernetzung gleichzeitig praktiziert werden. Es gibt Entwicklungswerkstätten, aus dem verschiedene Bedarfe entstanden sind. Diese wurden durch die Verwaltung aufgenommen. Sie wies darauf hin, dass schwerpunktmäßig an einer Transfervernetzung gearbeitet wird.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die Ausführungen.

Der Bericht ist im Session hinterlegt.

zu 10 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Frau Gellert zu Umfragen an Schulen

Frau Gellert wies auf die erste Kinder- und Jugendstudie hin, wobei bereits Ergebnisse von den bestehenden Umfragen präsentiert wurden. Sie erkundigte sich, was konkret mit allen Studien und projektbasierenden Umfragen geschehen ist und ob es dementsprechende Handlungsschritte gab.

Frau Brederlow betonte, dass die Ergebnisse der Kinder- und Jugendstudie in die Jugendhilfeplanung eingeflossen sind. Dieser Vorgang wurde im Jugendhilfeausschuss besprochen und beschlossen. Sie wies darauf hin, dass diese Ergebnisse auch für andere Planungen und Konzepte verwendet werden. **Frau Brederlow** betonte, dass die Verwaltung mit ihren Studien und Umfragen arbeitet und diese demzufolge auch verwendet.

zu 11 Anregungen

zu 11.1 Herr Starke zum Präventionsrat

Herr Starke teilte mit, dass am 6. November um 16:00 Uhr im Festsaal-Stadthaus die konstituierende Sitzung des neuen Präventionsrates stattfindet. Er regte eine Teilnahme der Ausschussmitglieder an.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer